

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

Die Wirtschaftspolitik des BSW

Ein Analysepapier von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER



INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung: BSW = Bunte Sozialistische Wundertüte?

1. Europa	5
2. Handel & Wettbewerb	6
3. Arbeitsmarkt	7
4. Sozialstaat	8
5. Steuern & Bürokratie	10
6. Energie & Klima	12
7. Digitalisierung & Innovation	13
8. Bildung	14
9. Justiz und Verbraucherschutz	15

IMPRESSUM | KONTAKT

Ein Analysepapier von

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390
kontakt@familienunternehmer.eu
www.familienunternehmer.eu

Berlin, Juli 2024

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DES BSW

BSW = Bunte Sozialistische Wundertüte?

Das BSW ist nach Analyse der bisher vorliegenden Programme im Grunde eine wirtschaftspolitisch linke, ja fast sozialistische Partei – allerdings mit gesellschaftspolitisch pragmatisch bis konservativ klingenden Ansätzen. Das BSW vermeidet insbesondere in der Wirtschaftspolitik klare Aussagen, greift stattdessen sehr gekonnt viele tägliche Sorgen von Bürgern auf, die andere Parteien ignorieren. Doch wer zwischen den Zeilen liest, erkennt den sozialistischen Kurs.

Die Partei stellt zwar eine gewisse Ablehnung staatlicher Einschränkungen – Stichwort: Corona-Pandemie – zur Schau und gibt an, für die persönlichen Freiheitsrechte und Lebensstile einzutreten. Schaut man aber genauer hin, so ist das BSW keineswegs zimperlich, was staatliche Freiheitsbeschränkungen gerade in der Wirtschaftspolitik betrifft. So wird in den Programmen der Partei fleißig gegen den Aufbau von Vermögen, gegen vermeintliche Marktmacht und freie Preisbildung gewettert. Doch die Geschichte – besonders die deutsche des 20. Jahrhunderts – lehrt, dass deutliche Einschränkungen der Freiheit, auch der wirtschaftlichen, am Ende den Verlust von individueller und gesellschaftlicher Freiheit bedeuten.

Das BSW postuliert zwar, Leistung und individueller Fleiß müssten die Grundlage für Wohlstand sein – doch bei Betrachtung der verschiedenen BSW-Wahlprogramme scheint das nur eine Floskel zu sein. Diese Programme fordern in fast allen Bereichen neue und großzügige staatliche Ausgaben, was unweigerlich zu höheren Steuern und/oder Schulden – also zukünftigen Steuererhöhungen – führen wird. Fleiß und Leistung werden damit eher bestraft. Und mit steigenden Steuern ist auch ein Wohlstandaufbau für die Bürger schwierig bis unmöglich.

Ebenso kann das wohlklingende Bekenntnis des BSW zu einem »starken Mittelstand« auf Basis der Wahlprogramme als Etikettenschwindel betrachtet werden. Familienunternehmer und Mittelstand brauchen für wirtschaftlichen Fortschritt – und damit für ihre Mitarbeiter – insbesondere wirtschaftliche Freiheit und Eigentum, letzteres vor allem als gebundenes Betriebsvermögen aber auch als Privatvermögen, mit dem Familienunternehmer persönlich haften. Alle diese Punkte greift das BSW jedoch massiv an. Aus den Programmen ergibt sich als Idealbild für Unternehmensformen das Kleingewerbe und die Genossenschaften, ansonsten gerne staatliche Unternehmen.

Diese Partei will die Schuldenbremse schleifen, um mit massiven Subventionen die Wirtschaft zu steuern. Alles, was das BSW unter Daseinsvorsorge versteht, soll der Staat selber machen. Das läuft auf die Verstaatlichung auch von Energienetzen und Wasserversorgung hinaus. Die Performance des Staatsunternehmens Deutsche Bahn lässt grüßen.

Höhere Steuereinnahmen tauchen in den Programmen an mehreren Stellen auf, ohne dass die Partei sagt, wie das im Höchststeuerland Deutschland noch draufgesattelt werden kann.

4 Die Wirtschaftspolitik des BSW

Darüber hinaus fällt auf, wie sehr das BSW jegliche Unterstützung der Ukraine ablehnt, mit der sich das Land gegen den russischen Überfall wehrt. Dementsprechend fordert die Partei ohne Rücksicht auf die Grenzen der Ukraine Frieden mit Russland, um so wieder Zugang zu dessen Gasreserven zu bekommen. Dass Russland bereits vor dem Ukrainekrieg die deutschen Gasspeicher leer laufen ließ, um so Druck auf die deutsche Politik auszuüben, möchte diese Partei gerne schnell vergessen machen.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass das BSW wichtige Sorgen vieler Bürger offen anspricht, von ungesteuerter Migration in die Sozialsysteme über Wohnungsnot und Probleme der ländlichen Regionen bis zum unbefriedigenden Lesen, Schreiben, Rechnen der Schüler. Beim Gendern stellt sich die Partei klar gegen die übrigen linksgerichteten Parteien. Das BSW positioniert sich mit diesem Mix als Alternative zu den Etablierten – und zugleich als »vernünftige« Alternative zur AfD, ein Narrativ, das einer Überprüfung allerdings kaum standhält. Bisweilen erinnert das BSW an die frühere PDS, die bei einem linken Wirtschaftsprogramm in vielen anderen Feldern pragmatische bis konservative Positionen vertrat. Es wirkt fast wie historische Ironie, dass ausgerechnet der Ehemann von Frau Wagenknecht die pragmatische ostdeutsche PDS durch die von ihm betriebene Fusion mit den ideologisch verbohrten westdeutschen Linken zur Partei Die Linke zerstörte – und nun seine Frau mit einer Art PDS 2.0 die damalige Schöpfung ihres Mannes aus den Parlamenten fegt.

Das BSW-Wirtschaftsprogramm ist bei sachlicher Analyse – trotz anderslautender Lippenbekenntnisse – sozialistisch, was bei den führenden Köpfen dieser Partei kaum verwunderlich ist. Wenn man in den vage formulierten Wahlprogrammen und den wenigen dort explizit aufgeführten Punkten zwischen den Zeilen liest, dann ist die freie Marktwirtschaft dem BSW wohl eher ein Dorn im Auge, gleichgültig, wie gut Frau Wagenknecht die Klassiker des Liberalismus zitiert, was sie sehr gut kann.

Das Misstrauen gegenüber staatlicher Bevormundung ist in den letzten Jahren gewachsen, auch in den ostdeutschen Bundesländern. Das BSW greift diese Stimmung auch in seinen Wahlprogrammen für die dortigen Landtagswahlen geschickt auf und wettet gegen die Obrigkeit – will aber mit wichtigen Teilen seiner Programme zuletzt doch schnurstracks in einen Staat ohne Mittelstand, ohne freie Marktwirtschaft und ohne Freiheit.

Konkret wird die BSW-Wirtschaftspolitik nur dann, wenn es um Subventionen für Unternehmen oder um die Abwehr von Wettbewerb geht. Wie daraus eine starke Wirtschaft erwachsen soll, die international wettbewerbsfähig wird, verraten die BSW-Programme nicht – da gleichen sie den der anderen linken Parteien.

Mit dieser Mischung aus unpräziser sozialistischer Wirtschaftspolitik und pragmatisch bis konservativer Haltung in anderen Politikfeldern wirkt das BSW wie eine »Bunte Sozialistische Wundertüte«!

1. EUROPA

Ohne Frage macht die Europäische Union nicht alles richtig. Insbesondere beim Green Deal wurde aus Sicht der Familienunternehmer zu viel auf staatliche Lenkung und bürokratische Überregulierung gesetzt. Das BSW greift dies geschickt heraus, um die EU als Ganzes madig zu machen – und greift ähnlich wie die AfD die Sehnsucht nach einem starken Mitgliedsstaat auf. Die EU ist jedoch bei aller berechtigten Kritik sowohl ökonomisch als auch geopolitisch ein großer Gewinn – auch und insbesondere für deutsche Familienunternehmen.

Besonders gravierend ist der Ansatz des BSW¹, die Schuldenbremse in den EU-Mitgliedsstaaten zu schleifen. Aber eine nahezu unkontrollierte Verschuldung der Nationalstaaten und die Verteilung massiver Subventionen, um die gewünschten Ziele zu verwirklichen, würde eine europäische Finanzkrise ungeheuren Ausmaßes herbeiführen. Das BSW agiert hier wirtschaftspolitisch völlig kurzsichtig.

Auch darüber hinaus agiert das BSW – entgegen eigener Behauptungen – keineswegs mittelstandsfreundlich: Die Ablehnung von Handelsabkommen, die Beendigung der Fachkräfteanwerbung in Drittstaaten, eine Mindestbesteuerung und die angestrebte staatlich gelenkte Preisfindung sind in den BSW-Programmen fixiert. Sie wären ein grober und schädlicher Eingriff in die unternehmerische Freiheit und die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – ganz gleich, was Frau Wagenknecht als führende Persönlichkeit der Partei in Interviews behauptet.

Immerhin bekennt sich das BSW zur europäischen Idee: Demokratie, Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Es bleibt ein Rätsel, wie dies mit seiner offenen Russland-Affinität und dem bei linken wie nationalistischen Parteien sehr populären Anti-Amerikanismus zusammen passt. Das BSW positioniert sich so klar pro staatlich gelenkten Gesellschaften, dass ein freiheitliches Europa mit dem BSW nicht zu machen ist.

Das verheißt für freiheitlich denkende Familienunternehmer und Bürger nichts Gutes!

¹ BSW – EU-Wahlprogramm – Seite 6

2. HANDEL & WETTBEWERB

Auch in Hinsicht auf seine handels- und wettbewerbspolitischen Vorschläge kann das BSW seine geistige Nähe zu vor allem anti-amerikanischen Strömungen nicht kaschieren, was der Partei am Rande auch eine gewisse Nähe zur AfD einträgt, ihrem inhaltlich stärksten Wettbewerber vor allem in den ostdeutschen Bundesländern.

Das BSW will ein (noch) schärferes Kartellrecht, dieses freilich weniger oder nicht zur Vermeidung von Marktverzerrungen und Preispolitiken durch einzelne Marktteilnehmer, wie es den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft vorgeschwebt hatte. Dem BSW geht es nicht um den Wettbewerb selbst und damit ein besseres Funktionieren der Märkte zugunsten aller – gerade auch der Verbraucher. Das BSW betreibt das Geschäft Wettbewerb als Klientelpolitik mit dem »Mittelstand« als adressierten Nutznießer. Dabei bedient es ein Feindbild, die großen (US-amerikanischen!) Tech-Unternehmen aber auch große Finanzinvestoren. Geschützt werden sollen deutsche (!) Mittelständler gegen US-amerikanische Plutokraten. Das ist der Subtext des Programms.

Entsprechend geht es dann im Vergaberecht weiter, also in jenem Teil des Wettbewerbsrechts, der bereits unter roten und grünen Regierungen der letzten Jahre immer wieder schwer zu leiden hatte und hat, sei es auf Länderebene oder nun im Bund:

Das BSW interessiert sich ebensowenig wie Rot und Grün dafür, öffentlichen Einkäufern den besten auf dem Markt verfügbaren Preis zu verschaffen. Nur will das BSW nicht diejenigen mit dem Zuschlag im Vergabeverfahren privilegieren, die »sozial-ökologisch« auftreten, sondern solche, die als »regionale Anbieter« durchgehen. Aus Sicht des klassischen Wettbewerbsrechtlers kommt beides fast auf das Gleiche hinaus: Vergabefremde Fragen werden entscheidend, das Vergaberecht wird für diverse Lenkungspolitiken missbraucht.

Dazu passt dann auch, dass das BSW das Beihilfenaufsichtsrechts, das es nur im EU-Recht gibt, preiszugeben vorschlägt. Wie jede sozialistische Partei möchte sich auch das BSW das Recht vorbehalten, selbst über Subventionen zu steuern, umzuverteilen und zu privilegieren. Bei all dem stört ein Recht, das einer Regierung bei der Vergabe von Subventionen Grenzen setzt.

National ausgerichtet ist die Veränderung im Kartellrecht zugunsten des deutschen Mittelstandes und gegen das internationale Finanzkapital sowie im Vergaberecht für Inländer, sozialistisch geprägt ist die Attacke gegen das Recht der Subventionsaufsicht.

3. ARBEITSMARKT²

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik setzt sich das BSW für einen Mindestlohn von 14 Euro ein – was nur Sinn macht, wenn damit ein politisch festgelegter Mindestlohn gemeint ist. Das aber würde die Mindestlohnkommission und so die Sozialpartnerschaft aushebeln – mithin eine staatliche Lohnfestlegung bedeuten. Dies wäre ein massiver Eingriff in die Soziale Marktwirtschaft, die von der Vorsitzenden des Bündnisses doch so oft angeführt wird – offensichtlich als Feigenblatt.

Eine politische Festlegung des Mindestlohnes würde nicht nur eine negative Wirkung auf den Beschäftigungsgrad haben, sondern es würden auch die Hürden für die Integration in den Arbeitsmarkt erhöht. Aus wirtschaftspolitischer Perspektive würde so die Büchse der Pandora geöffnet. Selbstverständlich würden sich die inzwischen zahlreichen linken Parteien mit Mindestlohnforderungen in jedem Wahlkampf überbieten wollen. Und jeder Familienunternehmer weiß, dass eine Erhöhung des Mindestlohns über die Tarifstufen selbstverständlich auch die Erhöhung der Löhne höher qualifizierter Mitarbeiter nach sich ziehen wird – völlig unabhängig von der Entwicklung der Produktivität.

Ein weiterer wesentlicher Punkt des BSW ist die Forderung nach mehr Tarifbindung. Auch diese Forderung ist nur logisch, wenn damit ein – wie auch immer gearteter – politischer Zwang gemeint ist. Zum Beispiel durch die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen – das ist vom BSW benannt –, oder durch die gesetzlich festgeschriebene Bevorzugung tarifgebundener Unternehmen. Ein solches Vorgehen würde allerdings die negative Koalitionsfreiheit aussetzen, also die Freiheit, sich keinem Tarif-Verband anschließen zu müssen.

Es gibt durchaus ökonomische Gründe, warum Familienunternehmen sich der Tarifgebundenheit entziehen müssen. Häufig haben kleine und mittlere Unternehmen weniger Möglichkeiten, kräftige Lohnkostensteigerungen auf ihre Kunden zu überwälzen, insbesondere wenn sie international wettbewerbsfähig bleiben müssen und ihnen ohnehin schon hohe Steuern, hohe Energiekosten und hohe Bürokratiekosten zu schaffen machen. Daneben sind die komplexen Anforderungen der Tarifverträge insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen kaum darstellbar.

Vor allem aber stellt sich die Frage, warum die Tarifbindung immer mehr abnimmt. Es ist die Aufgabe der Tarifpartner, attraktiv für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu sein. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Arbeitnehmer und Unternehmer in eine offensichtlich unattraktive Tarifpartnerschaft zu zwingen!

² Die Aussagen des Kapitels beruhen insbesondere auf den Aussagen des Wahlprogramms für die Landtagswahl in Sachsen, wobei die Wahlprogramme in Thüringen und Brandenburg ganz ähnliche Punkte aufweisen

4. SOZIALSTAAT³

Im Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen spricht sich das BSW für eine »Bürgerversicherung« im Pflegebereich aus. Auch die Deckelung der Eigenanteile der Bürger für Pflegeleistungen wird explizit erwähnt – finanziert werden soll dies durch höhere Steuereinnahmen.

Diese Bürgerversicherung für die Pflege dürfte den Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung implizieren. Dafür war die Pflegeversicherung nie gedacht. Sie war immer als Teil-Kasko-Versicherung konzipiert. Der Ausbau zu einer Vollversicherung dürfte zu einer erheblichen Verteuerung des Sozialstaates führen, den man nicht nur mit größeren Steuerzuschüssen, sondern auch über höhere Beiträge finanzieren muss – mit der Konsequenz einer höheren Belastung der jungen Generation und der Arbeitnehmer und der weiter wachsenden Gefahr der Nichtfinanzierbarkeit unseres Sozialstaats⁴. Vielmehr muss bei der Pflegeversicherung in Richtung private Zusatzvorsorge und mehr Kapitaldeckung gedacht werden.

Auch möchte das BSW Renten bis zu 2.000 Euro von der Besteuerung ausnehmen. Das widerspricht jedoch zum einen einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts⁵, zum anderen dürfte das den staatlichen Haushalt durch Steuermindereinnahmen immens belasten. Ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung bleibt das BSW hingegen schuldig.

Das BSW will ferner eine Ostdeutschen-Quote für Behörden einführen. Dies würde nicht nur das Leistungsprinzip aushebeln, sondern zugleich ein verqueres Weltbild implizieren, dass die Ostdeutschen per se nicht selbst die Befähigung haben, in Behörden aufzusteigen.

Ein Bestandteil des Wahlprogramms ist auch die vehemente Ablehnung der Privatisierung im Gesundheitssektor. Es mag im Gesundheitssektor durchaus fragwürdige Entwicklungen geben, die aber eher mit politischen Weichenstellungen zu tun haben als mit der Privatisierung. Durch die Rückführung des Gesundheitssektors in die öffentliche Hand würde die Effizienz des Systems wesentlich verschlechtert und die Kosten deutlich ansteigen. Angesichts der Kostenlawine, die der Sozialstaat bereits entwickelt, wäre dies eine gravierend falsche Weichenstellung.

Selbstverständlich wird auch die Rente als »Kassenschlager« ins BSW-Wahlprogramm aufgenommen. Im Zentrum steht der allseits beliebte Vorschlag, Beamte und Abgeordnete einzubeziehen, klingt er doch für viele Bürger verlockend fair. Unterschlagen wird dabei, dass dies zwar eine kurzfristige Entlastung des Rentensystems mit sich bringen würde, aber über die hohen Anwartschaften und die tendenziell höheren Lebenserwartungen dieser Bevölkerungsgruppen langfristig eine weitere Finanzierungslücke ins System gerissen würde, die wiederum mit höheren Steuern geschlossen werden müsste.

Das BSW verweist in diesem Zusammenhang auf das »Vorbild Österreich«. Das Vorbild taugt allerdings nicht! Der Rentenbeitragssatz in Österreich ist mit 22,8 Prozent gegenüber 18,6 Prozent in Deutschland um einiges höher. Zudem erwirbt man in Österreich erst nach 15 Jahren Versicherungszeit seinen Rentenanspruch (in D sind es fünf Jahre). Auch sind die Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn in Österreich höher (4,2 zu 3,6 Prozent).

³ Als Quelle ist auch hier das Wahlprogramm zur Landtagswahl Sachsen maßgeblich

⁴ https://www.junge-unternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/sozialpolitik/2024_Sozialmarktstudie/240221_FamU_JungU_Gutachten_SozialeSicherheit_WEB_ES.pdf

⁵ https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2002/03/Is20020306_2bvl001799.html

Ähnlich bei der vom BSW geforderten Erwerbstätigenversicherung, in die auch Beamte und Abgeordnete einzahlen sollen: Auch dies würde eine vergleichbar große Finanzierungslücke reißen wie die Ausdehnung der Rente auf diese Berufsgruppen.

Das BSW hält außerdem das Rentenniveau für zu niedrig und möchte es stark erhöhen. Das würde wiederum zu erheblichen Mehrbelastungen der jungen Generation führen und den Nachhaltigkeitsfaktor vollends aushebeln. Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet zudem nicht sinkende Renten. Die Renten steigen nur nicht so stark an.

Einen Lichtblick im Rentensystem – das durch die Ampel geschaffene Generationenkapital – nennt Wagenknecht eine »Casino-Rente« und einen »sozialpolitischen Tiefpunkt«⁶. So wird die kritische finanzielle Situation der Rentenkasse vollständig ignoriert.

⁶ <https://web.de/magazine/politik/wagenknecht-kritisiert-plaene-ampel-casino-rente-39395954>

5. STEUERN & BÜROKRATIE⁷

Im Parteiprogramm des BSW gibt es im Bereich der Steuerpolitik wenig Konkretes. So wirbt die Partei für ein gerechtes Steuersystem, das Geringverdiener entlastet – was bereits der Fall ist, da die Umverteilung von oben nach unten im deutschen Steuersystem sehr ausgeprägt ist. Außerdem wird die Vermögenskonzentration scharf kritisiert – auch das muss ein Warnsignal sein, da dies wiederum auf die ökonomisch schädliche Besteuerung von Betriebsvermögen hinweist.

Im Europawahlprogramm finden sich weitere Bausteine der BSW-Steuer- und Finanzpolitik. So soll zum einen die – nach Ansicht des BSW – starre europäische Schuldenregel gelockert werden. Dem BSW schwebt eine »goldene Investitionsregel« vor, nach der öffentliche Investitionen in die Daseinsvorsorge, die Modernisierung der Infrastruktur und zur Förderung von Zukunftstechnologien von der Schuldenbremse ausgenommen wären. Gerade Deutschland hat hier die leidvolle Erfahrung gemacht, wie fatal eine solche Aufweichung sein kann, da die Abgrenzung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben letztlich kaum zu bewerkstelligen ist und je nach »Framing« der Parteien umgangen werden kann.

Das BSW fordert auch einen europäischen Mindeststeuersatz von 25 Prozent auf Unternehmensgewinne bei breiter Bemessungsgrundlage. Damit geht das BSW um 10 Prozentpunkte über die global geeinte Mindeststeuer hinaus, d.h. europäische Unternehmen hätten einen massiven Wettbewerbsnachteil. Für deutsche Familienunternehmen dagegen wäre eine Unternehmenssteuerbelastung von 25 Prozent eine massive Steuerentlastung. Diese »Mindeststeuer« übertrifft Deutschland derzeit durch den offensichtlich notwendigen Einbezug von Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer sowie Gewerbesteuer bei weitem.

Auch im Bereich der Steuervermeidung entpuppt sich das Programm des BSW als Nebelkerze. Der Verweis auf »kooperationswillige Nationalstaaten« greift im Hinblick auf das Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen innerhalb der EU schon mal nicht. Abwehrgesetze gegen Steueroasen gibt es darüber hinaus bereits. Die größte Baustelle – der Umsatzsteuerbetrug – wird hingegen vom BSW völlig außen vor gelassen.

Auch der Punkt der Finanztransaktionssteuer klingt für viele Bürger attraktiv – ist aber gleichwohl ein Irrweg. Zum einen gilt auch hier das Einstimmigkeitsprinzip, so dass die Forderung europäisch kaum realistisch ist. Zum zweiten würde eine solche Steuer den privaten Vermögensaufbau ebenso wie die private Altersvorsorge im Keim ersticken und so genau das Gegenteil von dem bewirken, was die sozialen Sicherungssysteme benötigen.

Aus dem Programm zur Landtagswahl in Sachsen lassen sich zudem noch die folgenden Punkte entnehmen:

Wie kaum anders zu erwarten steht auch hier die Schuldenbremse zur Disposition. Damit reiht sich das BSW in die Riege der linken Parteien ein, die Gleiches fordern. Die staatlichen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen, fällt auch dem BSW nicht ein. Eine nachhaltige, nicht auf zusätzlichen Schulden beruhende Finanzpolitik ist mit dem BSW offensichtlich nicht zu machen.

Daneben werden auch Subventionen für die Landwirtschaft gefordert, was mit den Bekenntnissen des BSW zur Sozialen Marktwirtschaft nicht wirklich zusammenpasst. In diesem Bereich gilt es vielmehr, die Kräfte der Marktwirtschaft wirken zu lassen und zu stärken, statt Subventionen auszuschütten.

⁷ Parteiprogramm des BSW https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/01/BSW_Partieprogramm.pdf und Europawahlprogramm des BSW sowie Landtagswahlprogramm Thüringen

Stark linke Schlagseite hat auch die Forderung des BSW nach einer Vermögensteuer mit einem vom linken Bündnisnetzwerk »Netzwerk Steuergerechtigkeit« errechneten Volumen von 73 Mrd. Euro an zusätzlichen Staatseinnahmen. Bemerkenswert ist, dass die Partei jegliche Konkretisierung zu einer Wiederbelebung der Vermögensteuer ausspart, weder Steuersatz, Freibeträge noch der Umgang mit den verfassungsrechtlichen Urteilen der letzten Jahrzehnte werden thematisiert – was das Bekenntnis des BSW pro Mittelstand ad absurdum führt.

6. ENERGIE & KLIMA

Im Bereich der Energiepolitik stellt das BSW durchaus pragmatische und für den Bürger verständliche Forderungen in den Mittelpunkt.

So wird sowohl ein vorzeitiger gesetzlich festgelegter Kohleausstieg in Frage gestellt – was zu präzisieren wäre – als auch die Rücknahme des Verbrennerverbots gefordert.⁸ Hier offenbart das BSW ein Verständnis für realitätsnahe Politik. Die genaue Ausgestaltung bleibt allerdings offen.

Im EU-Wahlprogramm⁹ jedoch werden hingegen sehr marktskeptische Töne angeschlagen. Die durchaus vorhandenen pragmatischen Ansätze – wie das Bekenntnis zur Technologieoffenheit und zu Klimaschutz durch Innovation – werden mit dem Finanzierungsmodell öffentlicher Förderung untermauert, was die staatlichen Haushalte vor unlösbare Probleme stellen dürfte. Als Beispiele werden hier Subventionen für Wasserstoff, Speicher oder auch den ÖPNV benannt. Im Wahlprogramm Thüringen werden auch noch weitere Fördertöpfe thematisiert. Das BSW bringt hier grundsätzlich gute Punkte an, macht aber nahezu alles von staatlicher Förderung abhängig.

Das einzige marktwirtschaftliche Instrument, das die Erreichung der Klimaschutzziele garantiert und dies bei geringstmöglichen Kosten – der Emissionshandel – wird vom BSW hingegen klar abgelehnt.

Auch das erfolgreiche Energiemarkt-Design – das Merit-Order-Prinzip – wird vom BSW abgelehnt, was sehr wahrscheinlich zu höheren Preisen und weniger Versorgungssicherheit führen würde.

Daneben fordert das BSW im Europawahlprogramm wie auch im Landtagswahlprogramm in verschiedenen Aspekten eine breite Welle an Verstaatlichungen. Das betrifft sowohl die Energienetze als auch den Bereich der Wasserversorgung. »Profitmacherei« soll laut BSW beendet werden. Der Staat als besserer Unternehmer? Nun, die Geschichte zeigt, dass dies nun wahrlich nicht der Fall ist – eher im Gegenteil!

Auch dass das BSW weiterhin auf russisches Gas setzen möchte, ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht nachvollziehbar: Das BSW ignoriert den Fakt, dass Gazprom u.a. bereits vor Kriegsbeginn gezielt die Gasspeicher leerlaufen ließen – die Gasknappheit also als Druckmittel benutzt werden sollte. Das BSW würde sich damit russischen Interessen unterwerfen.

⁸ Wahlprogramm des BSW zur Landtagswahl Sachsen

⁹ EU-Wahlprogramm des BSW

7. DIGITALISIERUNG & INNOVATION

Bei der Digitalökonomie wird auch die wirtschaftspolitische Unterteilung zwischen den »guten« kleinen, oft familiengeführten Unternehmen und den »großen« gierigen Konzernen gezogen. Besonders US-amerikanische Tech-Konzerne werden aufgrund ihrer Marktmacht angegriffen: »Die einst starken europäischen Sozialstaaten wurden in den meisten Ländern von einem angelsächsisch geprägten Blackrock-Kapitalismus abgelöst, der von großen Finanz- und Digitalkonzernen gesteuert und von börsennotierten Unternehmen geprägt wird und in dem Mittelstand und Arbeitnehmer unter die Räder geraten.«¹⁰ Gefordert wird ein schärferes EU-Wettbewerbsrecht, um die »Big Tech Konzerne zurückzudrängen«¹¹.

Das Europawahl-Programm weist allerdings keine explizite Befassung mit dem Themenkomplex Digitalisierung und Innovation auf, was offenbart, wie wenig Stellenwert dem Thema Wettbewerbsfähigkeit und Standort-Attraktivität im Digitalbereich zugemessen wird.

Obwohl sich das BSW digitalpolitisch also kaum positioniert, bemängelt es, dass der EU eine Digitalstrategie fehle, »die uns von den US-Datenkraken ebenso unabhängig macht wie von chinesischen IT-Ausrüstern. Dazu gehört ein europäisches Zahlungssystem, das europäische Souveränität gegenüber Washingtoner Sanktionsdrohungen ermöglicht.«¹² In guter deutscher Linkstradition scheint somit ein Anti-Amerikanismus durch (»digitale Kolonie der Vereinigten Staaten«¹³), der immerhin durch eine Vorsicht vor China ergänzt wird – der Hinweis auf »chinesische IT-Ausrüstern« dürfte wohl ein Bezug auf die Mobilfunkkomponenten von Huawei sein.

Der Digital Services Act (DSA) wird als »die staatliche Umsetzung der Cancel Culture« gesehen und sollte aus BSW-Sicht abgeschafft werden:¹⁴ »Äußerungen im Internet werden mit Hilfe des DSA zensuriert und die Plattformbetreiber verpflichtet, die Verbreitung von Positionen, die nicht dem Mainstream entsprechen, einzuschränken.«¹⁵

Die Landesprogramme weisen wenig digitalpolitische Bezüge auf, selbst im Kontext der Stärkung von Kommunen spielt etwa die Verwaltungsdigitalisierung kaum eine Rolle. Und wenn, dann finden sich oft Phrasen: »Wir unterstützen grundsätzlich die Digitalisierung der Justiz in Sachsen. Diese muss allerdings mit Augenmaß und so erfolgen, dass sie zu einer Vereinfachung und Erleichterung für Bürger und Justiz führt.«¹⁶ Im Gegenteil ist man sogar gegenüber der Digitalisierung eher skeptisch und fordert ein Recht auf ein »analoges Leben«, dazu gehöre, »dass Dinge des Alltags auch ohne Apps und zunehmenden Zwang zur Digitalisierung stattfinden können.«¹⁷ Hier finden sich Querverbindungen zur AfD. Eine gewisse Ausnahme stellt der Landesverband Thüringen dar, der im Zusammenhang mit einem »leistungsfähigen Staat« stärker auf die Digitalisierung der öffentlichen Hand eingeht

¹⁰ EU-Wahlprogramm des BSW – Seite 2

¹¹ EU-Wahlprogramm des BSW – Seite 5

¹² EU-Wahlprogramm des BSW – Seite 3

¹³ EU-Wahlprogramm des BSW – Seite 3

¹⁴ EU-Wahlprogramm des BSW – Seite 20

¹⁵ Ebenda

¹⁶ BSW Landesverband Sachsen, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024 – Seite 12

¹⁷ BSW Landesverband Sachsen, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024 – Seite 19

(»Eine umfassende Digitalisierungs- und Entbürokratisierungsstrategie ist dringend erforderlich«).¹⁸ Zudem fordert der Landesverband Thüringen eine »Digitalisierungsoffensive«, die er mittels staatlicher Förderung und Lenkung erreichen will.¹⁹

8. BILDUNG²⁰

Im Bereich der Bildung kann das BSW durchaus mit einigen sinnvollen Forderungen aufwarten. Das gilt für die Forderung nach kostenfreien Kitas und verpflichtenden Sprachtests ebenso wie für die Anregung, zur Unterstützung der Lehrkräfte Verwaltungspersonal einzustellen, damit sich Lehrerinnen und Lehrer wieder auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können, – sofern die Finanzierung nicht über neue Schulden oder Steuererhöhungen finanziert wird. Das allerdings scheint aufgrund des BSW-Wahlprogramms utopisch.

Weniger zielführend ist das geforderte Verbot von digitalen Endgeräten bis zur 6. Klasse, das wohl eher negative Auswirkungen haben dürfte, da digitale Kompetenzen immer wichtiger werden.

Insgesamt zeigt sich in diesem Feld ein gemischtes Bild des BSW.

¹⁸ BSW Landesverband Thüringen, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024 – Seite 24

¹⁹ BSW Landesverband Thüringen, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024 – Seite 47

²⁰ Dieses Kapitel bezieht sich im Wesentlichen auf die Aussagen aus dem Wahlprogramm zur LTW Sachsen, ähnliche Punkte sind jedoch auch in anderen Programmen zu finden.

9. JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Mit seinem Programm »Neustart für Thüringen« versucht sich das BSW auch in einer Programmatik für Justiz und Verwaltung, die in der Tat in Bund und Ländern unter partiellen personellen Unterversorgungen ächzen. Fraglos wäre es gut, hier Abhilfe zu leisten, indem man gute, konkrete Vorschläge macht. Daran freilich fehlt es – auch – beim BSW. Es werden in dessen Programm für Thüringen im Wesentlichen bloß hehre Ziele genannt, aber keine konkreten Schritte.

Man wolle wieder zu »gerechten und zügigen« Gerichtsverfahren gelangen. Prima, aber: wer denn nicht? Der Verfahrensstau soll weg, Rechtsberatung soll günstiger werden, gerade mit Blick auf kleinere Einkommen, wohl wahr! Verbraucherrechte bitte stärken, auch das ist ein erstrebenswertes Ziel. Die Studienplätze für Jura sollen ausgeweitet werden, fein. Aber wo kommt a) das Geld her und b) die Studenten, denn alle Berufszweige kämpfen um die gleichen Alterskohorten, die sie für sich gewinnen müssen.

Da soll dann eine »bessere Bezahlung« z.B. im Justizvollzug helfen: Das ist nicht nur nicht originell, es blendet auch aus, dass auch in anderen Branchen immer mehr Gehalt gezahlt wird, um die wenigen Nachwuchskräfte zu gewinnen. Gleiches gilt für das geforderte Mehr an Schulsozialarbeitern und »Streetworkern«. Kurzum: Alles wohlfeile Ankündigungen bzw. Aufgabenbeschreibungen, die die Frage nicht beantworten, wozu man denn dann noch eine Partei braucht, die stets das Gute will, nicht aber verrät, wie sie es schafft. Das Versprechen, Politik endlich »konkret« zu machen, wird im Bereich Recht nicht eingelöst.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

kontakt@familienunternehmer.eu

www.familienunternehmer.eu

